

Mitmachen oder austreten

von Stefan Collignon

FDT 27.04.2004

Das britische Referendum zur europäischen Verfassung gefährdet den Zusammenhalt der EU. Durch eine Zusatzklausel im Vertrag lässt sich das Projekt noch retten

Er habe die europäische Integration gerettet, weil er gegen ein Referendum über den Maastrichter Vertrag war, sagte der frühere Labour-Chef John Smith einmal. Sein Nachfolger Tony Blair hat wahrscheinlich gerade das Gegenteil getan. Die Entscheidung, einen Volksentscheid über die europäische Verfassung abzuhalten, hat höchstwahrscheinlich ein Scheitern der Verfassung zur Folge. Die vom Europäischen Konvent unter Federführung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ausgearbeitete Verfassung sollte Europa den Bürgern näher bringen und die politische Entscheidungsfindung in der EU effizienter gestalten. Der Verfassungsentwurf verbessert die Effizienz in einigen Feldern, vor allem weil die rotierende EU-Ratspräsidentschaft abgeschafft und der Vizepräsident der Kommission zum EU-Außenminister ernannt wird. Aber bisher ist zweifelhaft, ob dieses Projekt die breite Unterstützung der Bürger Europas genießt.

Seit über zehn Jahren wächst die Ernüchterung über die europäische Integration. Umfragen zufolge glaubt nur die Hälfte aller Europäer, die EU sei eine „gute Sache“. Vor 15 Jahren waren es über 70 Prozent. In fast allen Mitgliedsstaaten überwiegt jedoch bei weitem die Unterstützung für die Europäische Union. Nur in Großbritannien halten sich die positiven Stimmen zur EU (28 Prozent) in etwa die Waage mit denen, die darin eine „schlechte Sache“ sehen (27 Prozent). Ein Grund dürfte Informationsmangel sein. Zwischen Euroskepsis und dem Gefühl, nicht ausreichend informiert zu sein, besteht eindeutig ein Zusammenhang. Dennoch sind 62 Prozent aller EU-Bürger der Ansicht, die EU solle eine Verfassung bekommen, zehn Prozent sind dagegen. Sogar 48 Prozent der Briten sind dafür, 14 Prozent dagegen.

Die Bürger wollen also mehr Europa, wünschen aber ein anderes Europa. Die Gefahr für eine Ratifizierung der Verfassung besteht darin, dass sie als „alles bleibt beim Alten“ angepriesen wird. So lehnt in Großbritannien das politische und wirtschaftliche Establishment, einschließlich eines Großteils der Medien, Europa als zu sozialistisch ab. In Schweden, Dänemark und Frankreich dagegen herrscht die Sorge, Europa biete nicht ausreichend sozialen Schutz. Vor allem in Frankreich fällt es der Linken schwer, die „neoliberale“ Giscard-Verfassung zu akzeptieren. 1992 billigten die Franzosen den Maastrichter Vertrag mit weniger als einem Prozentpunkt Mehrheit. Im heutigen Klima der Politikverdrossenheit ist es unwahrscheinlich, dass Frankreich den Vertrag durch ein Referendum ratifiziert. Nach Blairs Ankündigung kann Präsident Chirac einen solchen Volksentscheid aber kaum umgehen. Selbst nach einem britischen Ja könnten die Franzosen immer noch Nein sagen, obwohl sie im Allgemeinen Europas Einigung befürworten.

Bleibe alles, wie es ist, dann wäre der Vertrag von Nizza der Verfassungsrahmen für eine erweiterte EU. Das wird nicht funktionieren. Studien zeigen, dass bei Anwendung der Abstimmungsverfahren des Nizza-Vertrags nur knapp 2,1 Prozent aller Gesetzentwürfe tatsächlich verabschiedet würden. Über 97 Prozent der Initiativen würden blockiert. Wer erwartet, dass sich die Bürger damit für eine europäische Einigung mobilisieren lassen? Stattdessen ist es wahrscheinlicher, dass die EU langsam auseinander fällt und vom Krebsgeschwür nationalistischer Regierungsinteressen zerfressen wird. Wir sind weit entfernt von Jean Monnets Maxime, wonach es bei der europäischen Integration um das Zusammenführen der Menschen und nicht um Koalitionen von Staaten geht.

Es gäbe jedoch einen mutigen Weg aus dem Dilemma. Die Verfassung ermöglicht erstmals den Austritt eines Landes aus der EU, legt aber nicht fest, was geschieht, wenn nicht alle Staaten die Verfassung ratifizieren. Bei den Verhandlungen über den endgültigen Vertragstext im Juni sollten die Regierungen unter Artikel IV-8 eine Beendigungsklausel einfügen: Ratifiziert ein Land nicht binnen zwei oder drei Jahren, dann wählt es im Ergebnis die Ausstiegsoption. Der Nizza-Vertrag wird hinfällig. Jeder Bürger hat im Referendum die Wahl zwischen einer effizienteren Verfassung oder dem EU-Austritt.

So würden die Menschen sich auf das Wesentliche besinnen. Ich habe keinen Zweifel, dass die Franzosen für die Verfassung stimmen und erkennen würden, dass der Spatz in der Hand viel besser ist als die Taube auf dem Dach. Giscard's Verfassung ist besser als überhaupt keine. In Großbritannien könnte Tony Blair ein Referendum gewinnen, indem er ein für alle Mal fragt: rein oder raus? Er könnte sogar den Euro einbeziehen. Mit der Beendigungsklausel haben die Staats- und Regierungschefs noch eine Chance, die Verfassung zu retten.